

starke Einfuhr von Rohstoffen ist als eine Bereicherung der nationalen Volkswirtschaft anzusehen, denn diese Einfuhr dient, abgesehen von dem gewaltig gestiegenen eigenen Konsum, vor allem zur Erzeugung wertvoller Fabrikate, die nur zum Teil im Inland verbraucht werden, zum Teil aber auch in veredelter und demnach wertvollere Form in das Land der Rohstoffproduktion zurückkehren.

II. Kapitel.

Unternehmensformen. Bedeutung der Kartelle in der chemischen Industrie.

Der Großbetrieb ist heute, von wenigen Fabrikationszweigen abgesehen, die gegebene Form der chemischen Industrie wie der Bergwerks- und Hüttenunternehmungen, welche zurzeit bei der fast allgemein gewordenen selbständigen Gewinnung und Weiterverarbeitung der Nebenprodukte — es sei hier nur an die Kohlenzechen und Eisenwerke erinnert — chemische Arbeiten im größten Maßstabe ausführen. Die einzelnen kaufmännischen Unternehmensformen, in welchen der Betrieb geleitet wird, sind jedoch sehr wechselnd. Neben die früher überwiegenden Einzelunternehmungen sind die Kollektivbetriebe, die Gesellschaftsunternehmungen, mit ihren vielen Unterarten getreten. So findet sich neben der offenen und der Kommanditgesellschaft die Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung, vor allem aber die der Aktiengesellschaft und speziell auf dem Gebiet des Bergbaues die der Gewerkschaft. Kollektivbetriebe gab es nach der Gewerbestatistik von 1895 in der chemischen Industrie im engeren Sinne 958 mit 72000 Personen, in der Industrie der Leuchtstoffe 1281 mit rund 39100 Personen, entsprechend einem Prozentsatz von 62,7 bzw. 67,4. Heute machen die in Kollektivbetrieben beschäftigten Personen wahrscheinlich bereits gegen 80% der Gesamtheit aus. Die Form von Kollektivunternehmungen erscheint für die chemische Industrie deshalb besonders geeignet, weil zum Betriebe eines auch nur einigermaßen bedeutenden chemischen Unternehmens, welches ja in der heutigen Periode der Weltwirtschaft nicht nur wie früher für einen kleinen beschränkten Absatzkreis arbeitet, sowohl das

erforderliche Kapital wie die Beherrschung der technischen, patentrechtlichen und kaufmännischen Kenntnisse, die bei der schnellen Weiterentwicklung der Technik fast auf allen Gebieten notwendig sind, sehr selten bei einem Einzelunternehmer vereint vorhanden sein werden. Wenn auch Beispiele solcher außerordentlicher Männer noch aus der jüngsten Zeit vorliegen, so können sie aber aus den angeführten Gründen nicht die Regel bilden. Daß die Aktiengesellschaft wohl die häufigste Form der größeren chemischen Unternehmungen darstellt und in der Zukunft noch mehr darstellen wird, erklärt sich aus der Beweglichkeit dieser Unternehmungsform, der Leichtigkeit der notwendigen Kapitalbeschaffung, sei es durch Erhöhung des Aktienkapitals oder durch Ausgabe junger Aktien (Prioritäten) — sowie durch die Bequemlichkeit, mit der der Anteil an dem Unternehmen, die Aktie, weiter übertragen werden kann.

Nach der Statistik der Aktiengesellschaften ergab sich in den Jahren 1903—1906 folgendes Bild:

	Zahl der gegründeten Aktiengesellschaften				Kapital in Mill. Mk.			
	1903	1904	1905	1906	1903	1904	1905	1906
Gesamtindustrie . . .	84	104	191	212	300,0	140,6	386,0	474,5
Chemische Industrie .	8	13	24	23	7,2	43,9	29,9	43,1
Bergbau- u. Hütten- wesen	4	2	8	19	36,3	3,0	63,2	95,3
Nahrungs- u. Genuß- mittel (Brauereien, Zuckerfabriken usw.)	8	12	21	22	10,6	6,7	16,4	17,8

Das Jahr 1906 wird bisher nur von dem Hauptgründungsjahr der letzten Hochkonjunktur 1899 mit 364 Gründungen mit 544,39 Mill. Mark Aktienkapital übertroffen.¹ Es ist zu beachten, daß die Statistik nur die Zahl der als Aktiengesellschaften gegründeten Unternehmungen aufweist, welche nicht immer identisch ist mit der Zahl der Neugründungen der Unternehmungen.

Um nur einen Begriff zu geben, welche großen Werte bei Aktienunternehmungen der chemischen und Montanindustrie in Frage kommen, habe ich eine Reihe von wenigen ausgewählten Unternehmungen zusammengestellt und gebe in der Tabelle ausser

1) Deutscher Ökonomist, 1907, S. 13.

dem Gründungsjahr der Aktiengesellschaft das Aktienkapital und die Dividenden der drei letzten Jahre.¹

Name	Gründungs- jahr	Akt.- Kapital Mill. Mk.	Dividende %		
			1903	1904	1905
Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation	1873	9	16	22	20
Chemische Fabrik auf Aktien vorm.					
E. Schering	1871	5	15	16	15
Desgl. Vorzugsaktien	1871	2	4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂
Chemische Fabrik Griesheim-Electron	1863	12	12	12	12
Chemische Werke vorm. H. u. E. Albert, (Biebrich a. Rh.)	1895	10	15	18	19
Farbwerke vorm. Meister, Lucius & Brüning, Höchst a. M.	1880	25,5	20	20	24
Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer, Elberfeld	1881	21	25	30	30
Badische Anilin und Sodafabrik, Lud- wigshafen	1865	21	26	24	27
Vereinigte chemische Fabriken, Leo- poldshall	1872	11,3	2	2	3
Zuckerraffinerie Rositz	1882	5,5	8	8	8
Deutsche Gasglühlicht-A.-G. (Auer- gesellschaft)	1892	3,9	9	12	20
Vereinigte Köln-Rottweiler Pulver- fabriken	1890	16,5	12	16	18
Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G.	1873	130	11	10	11
Harpener Bergbau-A.-G.	1856	72,2	10	11	9
Riebeck'sche Montanwerke, A.-G.	1883	12	12 ¹ / ₂	11 ¹ / ₂	12
Eisen- und Stahlwerk Hoesch, A.-G. (Dortmund)	1873	15	8	12	12
Hohenloherwerke A.-G. (Hohenlohe- hütte, Oberschlesien)	1905	40	—	—	10
Vereinigte Glanzstofffabriken, A.-G., Elberfeld	1899	2,5	20	30	30

Was den Kurs der Aktien anbetrifft, so ist dieser im Beginn des Jahres 1907 gegenüber dem Vorjahre etwas gewichen, trotzdem die Dividenden teils gestiegen, teils konstant geblieben sind.² Diese Erscheinungen erklären sich wohl im wesentlichen aus den Befürchtungen der Börse, daß die günstige Konjunktur des Jahres 1905 nach dem Inkrafttreten der neuen Zollltarife nicht

1) Vergl. Handbuch der deutschen Aktien-Gesellschaften Ausgabe 1906/7. Siehe daselbst auch die Kurse der einzelnen Aktien, die hier fortgelassen sind.

2) Inzwischen hat in den Märztagen 1907 ein erheblicher Rückgang der Kurse aller industrieller Papiere stattgefunden, von dem auch die chemischen nicht verschont geblieben sind.

mehr zu lange andauern würde; auch die starken Kapitalansprüche der Industrie an den Geldmarkt und die am Ende des Jahres 1906 auftretende außerordentliche Geldknappheit, welche noch durch die Ansprüche Amerikas, dessen Industrie sich in jener Periode in noch schnellerem Tempo als die deutsche entwickelte, sehr verschärft wurde, haben mit dazu beigetragen. Was die bisher vorliegenden Dividendenschätzungen für das Jahr 1906 anbetrifft, so scheinen sie geeignet, die allseitig gehegten Befürchtungen zu zerstreuen, da sie in der Höhe noch vielfach über die Dividenden der letzten Jahre hinausgehen.

Viel größere Schwankungen als auf dem Gebiet der Aktien findet man in den Preisen der Anteilscheine der Gewerkschaften, der Kuxe, welche ein Recht auf Gewinnbeteiligung und zugleich die Verpflichtung zur eventuellen Zubeße enthalten. Maßgebend für die Bewertung eines Kuxes ist die bei Bergwerksunternehmungen ja naturgemäß häufig wechselnde Meinung über die voraussichtliche Entwicklung eines Betriebes. Dies geht aus zwei ausgewählten Tabellen über Kali- und Kohlenkuxe hervor, die hier folgen:

Preise von Kalikuxen.¹

Gewerkschaft	2. 1. 1900	2. 1. 1902	2. 1. 1904	2. 1. 1905	2. 1. 1907
Alexandershall	675	—	4200	10250	8450
Glückauf-Sondershausen	8950	9300	12400	19200	17800
Kaiserroda	4450	2400	5900	10000	8300
Neu-Staßfurt	24000	16800	13600	20300	17950
Wintershall	775	650	5825	13650	13300

Noch größere Schwankungen zeigen sich auf dem Gebiet des Kohlen- und Erzbergbaues. Es genüge hier der Hinweis auf einige Kohlenkuxe, welche ein starkes Schwanken im Wert erkennen lassen.

Preise von Kohlenkuxen.

Gewerkschaft	2. 1. 1899	2. 1. 1902	11. 12. 1905	2. 1. 1907
Auguste Victoria	—	1525	11250	13500
Constantin der Große	13300	9975	39550	38500
Ewald	20200	18400	55500	60500
Lothringen	9150	9900	23300	35300

Die Entwicklung zum Kollektivbetrieb, deren verschiedene Unterabteilungen hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Bedeutung oben kurz geschildert wurden, hat aber bei den einzelnen Unter-

¹) Vergl. Gewerkschaften und Kuxe. Nachschlagebuch für den praktischen Verkehr in Kuxen. Herausgegeben von S. Zielenziger, Berlin-Essen. 2. Auflage, 1906, S. 33 ff.

nehmungen nicht Halt gemacht. Die Bildung von Interessengemeinschaften zwischen einzelnen unabhängig bleibenden Unternehmungen, wie das Aufgehen eines Werkes in einem größeren Unternehmen auf dem Wege der Fusionierung, die Bildung von Konventionen zur Festsetzung bestimmter Minimalpreise, unterhalb derer ein Verkauf nicht stattfinden dürfe, und zur Regelung des Absatzes in den einzelnen Bezirken, endlich die Bildung von Kartellen und Syndikaten, welche möglichst die ganze Spezialindustrie zu umfassen bestrebt sind und untereinander wiederum häufig mit anderen Kartellen in Verbindung treten, alle diese der neueren Entwicklungsperiode besonders eigentümlichen Bestrebungen finden sich auch in der chemischen Industrie stark ausgebildet.

Als Endzweck aller dieser Bildungen, deren Höhepunkt sicherlich noch nicht erreicht ist, kann man die möglichste Ausschaltung des erbitterten Konkurrenzkampfes zwischen den Einzelunternehmungen, welcher zu einem für alle Beteiligten verderblichen Preissturz häufig genug geführt hat, und das Bestreben der ganzen Industrie auskömmliche Preise zu sichern ansehen. Der Weg, auf dem dieses Ziel zu erreichen versucht wird, ist natürlich verschieden und hängt von der Anzahl und der wirtschaftlichen Stärke der Konkurrenzen, der Lage des hergestellten Produktes auf dem Weltmarkt, Zoll- und Transportverhältnissen usw. ab.¹

Die Fusionierung mehrerer Unternehmungen zu einem neuen Ganzen stellt die wirksamste Form der Ausschaltung unerwünschter Konkurrenz dar. Fusionen haben in der chemischen Industrie wie in anderen Zweigen der Technik von jeher eine große Rolle gespielt. Man findet diese Erscheinungen eigentlich in fast allen Zweigen der Industrie, so daß auf ausgedehnte spezielle Angaben hier verzichtet werden kann. Die Tendenz zur Fusionierung ist auch keineswegs nur auf die älteren Industrien beschränkt, selbst so junge Gewerbe wie die Gasglühlichtindustrie, die Fabrikation von Kunstseide, die deutsche Erdölproduktion u. a. zeigen solche Erscheinungen. Die bedeutendsten Fusionen aber sind auf dem Gebiet des Kohlenbergbaues und der Eisenindustrie erfolgt. Es sei hier nur an die in diesem Jahre erfolgte Vereinigung von Gelsenkirchen, Schalke und Rote Erde, welche drei Werke sich im Jahre 1904 auf dem Wege der Interessengemeinschaft zu einem Concern zusammenschlossen, und an die Verschmelzung des

¹) Vergl. K. Grauer, Die Preisbewegung von Chemikalien seit dem Jahre 1861, Sammlung chemischer und chemisch-technischer Vorträge. Herausgegeben von Prof. F. B. Ahrens, Bd. III, Stuttgart, F. Enke 1902.

Phönix, der bereits im Jahre 1906 den Hörder Bergwerks- und Hüttenverein aufgenommen hatte, mit dem Kohlenbergwerk Nordstern erinnert. Diese Ereignisse in der sogenannten schweren Industrie besitzen auch für die chemische Technik außerordentliches Interesse. Es genüge ferner an die Namen Krupp, Thyssen und Stinnes zu erinnern, deren Unternehmungen heute eine großartige Vereinigung von reinen Bergwerksbetrieben, chemischen Fabriken und Betrieben zur Verarbeitung von Metallen und zu Fabrikaten aller Art bilden. Von Fusionen in der chemischen Industrie im engeren Sinne sei aus dem Jahre 1905 die Vereinigung des Farbwerks Öhler in Offenbach mit Griesheim-Electron, die Vereinigung der Rütgerswerke mit Weyl-Lindenhof (Teerprodukte), und an die Vereinigung der künstlichen Düngerfabrik Petschow (Danzig) mit der A.-G. Milch (Posen) hervorgehoben.

Die loseste Form der Vereinigung industrieller Unternehmungen stellt die für eine bestimmte Zeit festgesetzte Konvention dar. Ihr gewöhnliches Ziel, die Verhinderung eines verderblichen Preissturzes bzw. die Erhöhung der zurzeit geltenden Preise (die Absatzregelung und eine eventuelle Produktionseinschränkung ist bei der losen Form der Konvention seltener durchführbar), wird aber nur dann erreichbar sein, wenn die Konvention fast alle bedeutenden Werke umfaßt, und nicht durch kräftige Outsider der Preis gedrückt wird, wenn ferner nicht das Ausland erheblich unter dem Konventionspreis zu liefern imstande ist. Da nun alle diese Momente keineswegs immer bzw. dauernd zutreffen, so ist sowohl der Geltungsbereich wie die Dauer einer Konvention unter Umständen nicht sehr groß. Die Konventionen sind kein Ergebnis gerade der neusten Entwicklung, sie finden sich schon wenn auch viel weniger häufig in früheren Perioden.¹ Da sie aber bezüglich der Produktion den einzelnen Mitgliedern keine Schranken auferlegen können wie die Kartelle, so haben sie ihr Ziel durchaus nicht immer erreicht. Immerhin haben sie häufig dadurch günstig gewirkt, daß sie ein Sinken der Preise verlangsamt haben und dadurch den betreffenden Industrien Zeit ließen, sich den durch neue verbilligende Verfahren veränderten Verhältnissen anzupassen.² So hat sich auch die deutsche Zündwarenindustrie durch eine starke Konvention wieder erholt, indem

1) Verhandlungen des V. internationalen Kongresses für angewandte Chemie in Berlin 1903. Bd. IV, S. 878 ff.

2) Kokerscheidt, Über die Preisbewegung chemischer Produkte, S. 103 ff. Jena 1906, G. Fischer.

es gelang, die früheren verlustbringenden Preise zu erhöhen.¹ Einen erheblich größeren Einfluß auf den Markt als eine Konvention kann unter Umständen eine Interessengemeinschaft ausüben, besonders wenn es sich wie bei der 1904 zwischen der badischen Anilin- und Soda-Fabrik (mit 21 Mill. Mark Kapital), den Elberfelder Farbenfabriken (21 Mill. Mark) und der A.-G. für Anilinfabrikation (9 Mill. Mark) einerseits und der Firma Leopold Casella in Frankfurt a. M. und den Höchster Farbwerken andererseits begründeten Interessengemeinschaft, um derartig kapitalkräftige Unternehmungen handelt, die annähernd $\frac{9}{10}$ des deutschen Bedarfs an organischen Farben zu liefern imstande sind und die auch das Ausland vor allem mit diesen Fabrikaten versorgen. Für jede Interessengruppe ist die Gewinnbeteiligung prozentual auf 50 Jahre festgesetzt, und da die Beziehungen der beiden Gruppen jedenfalls eher freundliche als feindliche zu nennen sind, — tauchte doch mehrmals das Projekt der Vereinigung beider Gruppen auf — so kann man fast von trustartigen Erscheinungen auf diesem Gebiet sprechen. Daß derartige Trustunternehmungen nicht nur volkswirtschaftlich günstige Erscheinungen hervorrufen ist zu bekannt, als daß es hier im einzelnen — bezüglich der Arbeiterfrage, der Stellung der wissenschaftlichen Beamten usw. — besprochen werden soll.

Die Interessengemeinschaft der großen deutschen Farbwerke wirkt in der Praxis ähnlich wie die nächste Form der Vereinigung mehrerer Unternehmungen zur Beeinflussung des Marktes, die Kartellierung.²

Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt ihr Charakterbild in der Geschichte. Dieses Motto kann man über eine jede Betrachtung der viel angefeindeten und viel gepriesenen

1) Privatmitteilung der deutschen Sicherheits-Zündhölzkonvention.

2) Zur ersten Einführung in die Kartellfrage ist besonders das Werk von Prof. Liefmann, *Kartelle und Trusts*, Stuttgart 1905. Verlag von Moritz, und das größere Werk desselben Verfassers: *Die Unternehmerverbände*, Freiburg, Leipzig, Tübingen 1897, sowie die kontradiktorischen Verhandlungen über die deutschen Kartelle zu empfehlen. Vergl. auch die Zeitschrift: *Die Kartellrundscha* seit 1903, (erscheint seit 1907 im Verlag der Braunschen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe) welche ständig über diese Erscheinungen referiert. Die frühere Literatur über die Kartelle findet sich in dem Artikel von Biermer in dem von Elster herausgegebenen Wörterbuch der Volkswirtschaft 1898 Bd. II S. 732 ff. zusammengestellt. Die neuere Literatur siehe besonders in „Kartelle und Trusts“ von Baumgarten und Meszlény, Berlin 1906, O. Liebmann.

Kartelle schreiben. Es ist hier nicht der Ort, die Zahl der über dieses Thema geführten Polemiken um eine neue zu vermehren, da es sich hier nur um eine Schilderung der Bedeutung handelt, welche die Kartelle speziell für die chemische Industrie Deutschlands besitzen.

Nach der dem Reichstage am 28. November 1905 vorgelegten Denkschrift¹ über das Kartellwesen war der Stand der Kartellbewegung am 30. September 1905 wie folgt: Sieht man von den 20 im Jahre 1905 aufgelösten Kartellen ab, so kamen von den nachgewiesenen 383 Kartellen 19 auf Kohlenproduktion und Kohlenhandel, 61 auf die Eisenindustrie (und zwar auf Kartelle für Eisenerze, Roheisen, Stahl, sowie für Fertigfabrikate), 11 Kartelle wurden in der Metallindustrie, 6 in der Leder-, 5 in der Holz-, 6 in der Papier-, 10 in der Glas-, und nicht weniger als 132 in der Ziegelindustrie gezählt. Von den 27 Kartellen der Industrie der Steine und Erden kamen sieben auf Zement, 10 auf Kalk; neben vier Vereinigungen in der Tonwarenbranche gehörte von 15 Kartellen in der Industrie der Nahrungs- und Genußmittel je 1 Kartell zur Spiritus, Stärke- und Zuckerindustrie. Das Brauwesen zählte 9 Kartelle.

Die chemische Industrie im engeren Sinne wies nach der Denkschrift folgende Kartelle auf:

1. Salze, Säuren, Alkalien	13
2. Chem. Präparate	7
3. Mineral- u. Pigmentfarben, Leim, Gelatine	5
4. Trockene Destillation	6
5. Künstliche Farbstoffe	2
6. Künstliche Düngemittel	9
7. Sprengstoffe	4
8. Kerzen und Seifen	1
zusammen	47

Die amtlichen Feststellungen decken sich übrigens mit den von den Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin veranlaßten fortgesetzten Erhebungen keineswegs.² Für die chemische Industrie sind eine Reihe von Syndikaten besonders wichtig:³ Das Rheinisch-westfälische Kohlensyndikat und die verschiedenen Syndikate,

1) Denkschrift über das Kartellwesen, bearbeitet im Ministerium des Innern. Berlin 1906, Siemenroth.

2) Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie, Jahrgang 1905 Bd. I. S. 111.

3) Vergl. auch L. Vossen, Syndizierungen in der chemischen Industrie. Chem. Industrie 1907, S. 125.

welche die Nebenprodukte der Steinkohlenindustrie betreffen, das Kalisyndikat und das Sodasyndikat. Die Syndikatsverhältnisse auf dem Gebiet der Eisenindustrie müssen hier trotz ihrer so ausserordentlichen allgemein volkswirtschaftlichen Bedeutung beiseite gelassen werden.¹⁾ Jene drei typischen Beispiele für die Syndikatsbildung aber seien im folgenden etwas eingehender beschrieben.

Das Darniederliegen der deutschen Industrie nach der Krisis von 1873 hat neben der, seit 1879 schutzzöllnerischen, Handelspolitik des Deutschen Reiches die Kartellbestrebungen in den einzelnen Industriezweigen sehr gefördert. Aus dem 1880 gegründeten Kohlenklub, welcher die leitenden Personen der Zechenverwaltungen vereinigte und mehreren nur kurze Zeit existierenden mehr lokalen Vereinigungen des Rheinisch-westfälischen Kohlengebietes, deren Ziel die Regelung des Absatzes und gleichmässige Einschränkung der Kohlenförderung in den 80er Jahren bildete, erwuchs im Jahre 1893 das Rheinisch-westfälische Kohlensyndikat. Das Syndikat umfaßte zuerst nur reine Kohlenzechen. Um jedoch auch den sogenannten Hüttenzechen, d. h. Unternehmungen, welche außer dem Kohlenbergbau noch Hüttenwerke besaßen, den Eintritt in das Syndikat zu ermöglichen, wurde am 1. Oktober 1903 ein neuer Vertrag geschlossen, welcher vorbehaltlich früherer Kündigung bis zum 31. Dezember 1915 in Kraft bleiben sollte. Durch diesen Vertrag, dem fast alle Werke des größten deutschen Kohlengebietes beitraten, wurde die Produktion eines jeden Unternehmens im wesentlichen von der Zentralstelle des Syndikats aus bestimmt, die auch den Verkauf der geförderten Kohlen selbständig leitet. Es ist klar, daß eine derartige Vereinigung naturgemäß eine ganz andere Macht besitzt, dem einzelnen Unternehmen auskömmliche Preise zu sichern, als ein einzelnes Werk.

Von der Syndizierung ausgenommen blieben nur folgende Kohlenmengen:

a) Der Selbstverbrauch der Mitglieder, d. h. die zu eigenen Betriebszwecken der Zechen sowie der bei Abschluß des Vertrags im Besitz von Mitgliedern befindlichen Hüttenwerke erforderlichen Kohlen, Koks und Briketts.

b) Die zum Betriebe eigener Werke der Zechenbesitzer, als Kokereien mit und ohne Gewinnung von Nebenprodukten, Teer-

¹⁾ Vergl. Bd. 3 u. 4 zur kontradiktorischen Verhandlungen über die Kartelle. 1904. Berlin, Siemenroth. Über den Stahlwerksverband siehe auch die kleine Schrift von Kollmann Nr. 7 der Modernen Zeitfragen, Berlin 1905, Panverlag.

destillationen, Generatorgas- und sonstigen Gasanstalten, Brikettfabriken, Ziegeleien usw. erforderlichen Kohlen, Koks und Briketts.

c) Die im Landdebit abgehenden Kohlen, Koks und Briketts.

d) Die zu Hausbrandzwecken für die Beamten und Arbeiter bestimmten und die für wohltätige Zwecke zu verschenkenden Kohlen, Koks und Briketts.

e) Gaskoks.

Der Eintritt der Hüttenzechen in das Kohlensyndikat, welchen der Kohlenverbrauch für ihre Eisen- und Stahlwerke nach a) auf die Beteiligungsziffer, die in jedem Jahr besonders festgesetzt wird, nicht angerechnet wurde, verschlechterte die Lage der reinen Kohlenzechen, welche ihre Produktionsfähigkeit nur unvollständig ausnutzen konnten, während die neueintretenden Hüttenzechen, deren Beteiligungsziffer von vornherein meist höher bemessen wurde, ihre Produktion viel stärker ausdehnen konnten. Als nun aber im Jahre 1905 die deutsch-luxemburgische Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft für ihre neu erworbenen Kohlenzechen Friedlicher-Nachbar und Hasewinkel die Vorrechte der Hüttenzechen verlangte, und als nach langwierigen Prozessen durch die Reichsgerichtsentscheidung vom 10. November 1906 der Einspruch gegen dieses Verlangen zurückgewiesen wurde, wuchs die Erbitterung der alten Kohlenzechen immer mehr. Ob diese Schwierigkeiten vor der Zeit zur Sprengung des Syndikats führen werden läßt sich zurzeit noch nicht vollkommen übersehen, jedenfalls hat unter dem Einfluß dieser Verhältnisse die Konzentrationsbewegung in der schweren Industrie sehr zugenommen¹, indem sowohl Hüttenwerke wie Kohlenzechen sich durch Angliederung von neuen Werken auch für eine spätere vielleicht vertragslose Zeit ein sicheres Absatzgebiet sichern wollen. So erklärt sich die Fusion Gelsenkirchen-Schalke-Rote Erde und die Vereinigung des Phönix mit dem Nordstern. Eine vollkommene Vertrustung der schweren Industrie ist jedoch bei der großen Zahl selbständiger Unternehmungen und durchaus selbständiger Persönlichkeiten nicht zu befürchten.

Welche große Bedeutung das Rheinisch-westfälische Kohlensyndikat für die Versorgung der Industrie besitzt, geht aus der folgenden Tabelle hervor, welche die Förderung Preußens an Steinkohle und zugleich die der drei wichtigsten Produktionsbezirke wiedergibt.

¹) Vergl. Jutzi, Die deutsche Montanindustrie auf dem Wege zum Trust, 1905, G. Fischer, Jena. O. Stillich, Die Steinkohlenindustrie, Leipzig 1906, Jäh u. Schunke. S. 164 ff.

	Preußen Mill. t	Ruhr- becken ¹ Mill. t	Prozent. Anteil an der Gesamt- produktion	Syndikatszechen Mill. t	%
1892 . . .	65,44	36,97	56,30		
1893 . . .	67,66	38,70	57,20	33,54	49,57
1897 . . .	84,25	48,52	57,59	42,20	50,08
1900 . . .	101,97	60,12	58,96	52,08	51,08
1901 . . .	101,20	59,00	58,30	50,41	49,81
1902 . . .	100,12	58,63	58,56	48,61	48,55
1903 . . .	108,78	65,43	60,15	53,82	49,48
1904 . . .	112,76	68,46	60,71	67,26	59,65
1905 . . .	113,00	66,92	59,22	65,38	57,86

	Fiskalisches Saargebiet Mill. t	%	Oberschlesien Mill. t	%
1892 . . .	6,26	9,56	16,44	25,12
1893 . . .	5,88	8,70	17,11	25,21
1897 . . .	8,26	9,80	20,63	24,48
1900 . . .	9,40	9,22	24,83	24,35
1901 . . .	9,38	9,26	25,25	24,95
1902 . . .	9,49	9,48	24,49	24,46
1903 . . .	10,07	9,25	25,27	23,23
1904 . . .	10,36	9,19	25,43	22,55
1905 . . .	10,64	9,41	27,01	23,91

Man mag über die Politik des Kohlensyndikates noch so sehr klagen, — speziell der Kohlenhandel, der durch das Syndikat seinen alten Einfluß auf die Zechen stark vermindert sah, hat solche Klagen häufig vorgebracht, deren allgemeine Berechtigung jedoch von mancher Seite² bestritten wird — jedenfalls hat das Syndikat eine gewisse Stabilität der Preise garantiert, und wenn auch die vom 1. April ab erhöhten Kohlenpreise des Jahres 1907 eine ziemliche Belastung der Industrie darstellen, so sind dieselben doch vorher bekannt und für eine Zeitlang garantiert. Die Spekulation kann deshalb lange nicht mehr wie früher ihren Einfluß geltend machen.

Für die chemische Industrie ist die Steinkohle bekanntlich einer der wichtigsten Rohstoffe. Steinkohle ist auch heute noch der Hauptbrennstoff, auf der Steinkohle bezw. dem aus ihr ge-

1) Bis einschl. 1903 ist unter Ruhrbecken der Oberbergamtsbezirk Dortmund ohne das Bergrevier Osnabrück aber einschließlich Zeche Rheinpreußen zu verstehen, von 1904 ab der ganze Oberbergamtsbezirk Dortmund mit Zeche Rheinpreußen.

2) Bonikowsky, Der Einfluß der industriellen Kartelle auf den Handel in Deutschland. Jena, 1907, G. Fischer.

wonnenen Koks beruht die Abscheidung der meisten Metalle aus ihren Erzen, die Steinkohle liefert bei der trockenen Destillation das Leuchtgas, den für die Farbenindustrie unentbehrlichen Teer und das Ammoniakwasser, das heute vor allem in immer steigenden Mengen auf das so wichtig gewordene Düngemittel Ammoniumsulfat verarbeitet wird. Auch die Industrien dieser Nebenprodukte sind heute syndiziert. So liefert die deutsche Teerverkaufsvereinigung G.m.b.H. in Bochum und die Gesellschaft für Teerverwertung in Meiderich vor allem die Rohmaterialien, während die 1906 begründete Teerproduktenvereinigung G.m.b.H. Berlin und die deutsche Benzol-Verkaufsvereinigung zu Bochum jetzt die mannigfachen Fabrikate der Teerdestillation in viel reinerem Zustand als früher an die chemischen Industrie abgeben. Die deutsche Ammoniakverkaufsvereinigung G.m.b.H. zu Bochum umfaßt die meisten für die Herstellung von Ammoniumsulfat in Betracht kommenden Unternehmungen mit Ausnahme der Gasanstalten. Auch diese sind wenigstens in Westdeutschland in der sogenannten wirtschaftlichen Vereinigung deutscher Gaswerke mit dem Sitz in Köln, welcher 106 Gasanstalten angehören, vereinigt. Das Kartell hat neben dem Verkauf von Koks, Gaskoks auch den Vertrieb von Teer, Ammoniak, Wasser usw. aufgenommen. Es mag noch erwähnt sein, daß die großen Kohlenwerke Rheinlands und Westfalens, abgesehen vom Kohlensyndikat, meist dem einen oder dem anderen der hier angeführten Syndikate angehören.¹

Obwohl volkswirtschaftlich nicht so wichtig wie das Kohlensyndikat, beansprucht das Kartell der Kaliindustrie hier ein besonderes Interesse, weil es Industriezweige umfaßt, die von jeher zur eigentlichen chemischen Industrie gerechnet wurden.² Das Kalisyndikat wurde im Jahre 1879 gegründet, um das während jener Zeit etwas zurückgegangene Interesse für die Verwendung der Kalisalze in der Landwirtschaft vor allem energisch wieder zu heben. Nach der Reorganisation im Jahre 1898 wurde es als Verkaufssyndikat der Kaliwerke in Leopoldshall-Staßfurt A.-G. eingerichtet. Es wurde dann mehrmals erneuert und am 11. August 1904 als Kalisyndikat G.m.b.H. mit dem Sitz in Leopoldshall gegründet. Es ist auf fünf Jahre abgeschlossen und läuft, falls es

1) Vergl. besonders Haarmann, Über die Nebenproduktenindustrien der Steinkohle. V. Böhmert, Dresden, 1906, S. 57 ff.

2) Über „Die Kaliindustrie und das Kalisyndikat“ vergl. besonders die Schrift von K. Stöpel 1904, Halle a. S., Tausch & Grosse.

nicht neun Monate vor dem Ablauf gekündigt wird, von selbst fünf Jahre weiter. Die Beteiligung der Werke ist durch Vertrag geregelt. Jedem Werk ist seine Produktion pro rata vorgeschrieben.¹ Die Produktion der älteren Werke soll mit den Jahren im Verhältnis abnehmen, während den neu hinzutretenden eine größere Beteiligungsquote zugebilligt wird. Die Zentralleitung regelt den Absatz und setzt entsprechend der Marktlage die Produktion für jedes Jahr fest. Das Kalisyndikat setzt folgende Erzeugnisse ab:

- Gruppe 1. Chloridische Erzeugnisse (Chlorkalium mit mehr als 42 % Kali, sowie den sogenannten 38 % igen Kalidünger kalziniert.
- „ 2. Sulfatische Erzeugnisse mit mehr als 21,5 % Kali.
 - „ 3. Erzeugnisse mit 42—20 % Kali, mit Ausnahme des 38 % igen Kalidüngers (Gruppe 1) und der sulfatischen Erzeugnisse (Gruppe 2).
 - „ 4. Nichtcarnallitische Rohsalze mit einem Kaligehalt von 19,9—12,4 %.
 - „ 5. Carnallitsalze mit einem Kalimindestgehalt von 9 % Kali, einschließlich Bergkieserit.

Ob das Kalisyndikat auch in Zukunft wird weiter bestehen können, oder ob nicht durch das Auftreten zu vieler neuer Unternehmungen, welche dem Syndikat teils direkt feindlich gegenüberstehen wie das Kaliwerk Sollstedt, teils aber, soweit sie sich dem Syndikat anschließen, durch ihre bloße Existenz naturgemäß eine Herabdrückung der Produktionsziffern für die einzelnen Werke bedingen (falls man nicht etwa bei vollkommener Ausdehnung des Betriebes zu einem Konkurrenzkampf der Werke untereinander kommen will, der die Rentabilität aller infolge des dann notwendig eintretenden Preissturzes in Frage stellt), ist heute noch nicht abzusehen. Als Mittel gegen die zu schnelle Ausdehnung der Kaliindustrie ist das sogenannte Zwischachtsystem vorgeschlagen worden, welches infolge der hierdurch verursachten bedeutend höheren Betriebskosten vor weiteren Anlagen resp. dem Ausbau von neuen Werken abschrecken soll.²

Trotz mancher Schwierigkeiten hat sich unter der Herrschaft des Syndikats die deutsche Kaliproduktion, welche ja, wenn man von

1) Die Beteiligungsquoten für die kommenden Jahre s. in Fischers Jahresbericht der chemischen Technologie 1905, I, S. 602.

2) Vergl. hierüber Heft 2 der Zeitschrift „Kali“ 1907, S. 19 ff.

den verhältnismäßig geringen Kalivorkommenissen anderer Länder absieht, ein Weltmonopol besitzt, besonders in den letzten zehn Jahren, in welchen vor allem durch die eifrige Propaganda der Zentralstelle des Syndikats der Absatz in der heimischen und fremden Landwirtschaft sehr gestiegen ist, außerordentlich entwickelt. Auch heute noch ist bei der Unentbehrlichkeit des Kalis und dem in vielen Ländern noch durchaus nicht sehr großen Kaliverbrauch eine Steigerung der Produktion mit Erfolg wohl möglich. Ich gebe hier die mir vom Syndikat freundlichst zur Verfügung gestellten Zahlen bezüglich der Gesamtförderung an Kalisalzen, Erzeugung an konzentrierten Salzen und den Kaliverbrauch der wichtigsten Länder in der Industrie und in der Landwirtschaft:

Gesamtförderung an Kalisalzen.

Im Jahre	Carnallit	Berg- kieserit	in Tausend Tonnen		Zusammen
			Kainit einschl. Hartsalz u. Schönit	Sylvinit	
1861 . . .	2,3				2,3
1870 . . .	268,2	0,07	20,3		288,6
1880 . . .	528,2	0,9	139,5		668,6
1890 . . .	838,5	6,95	401,9	31,9	1279,4
1900 . . .	1697,8	2,0	1189,3	147,8	3037,0
1901 . . .	1860,2	2,3	1432,1	190,0	3484,7
1902 . . .	1705,7	1,8	1354,5	188,8	3250,8
1903 . . .	1844,0	1,55	1582,9	196,1	3624,6
1904 . . .	1911,2	1,05	1906,8	234,5	4053,5
1905 . . .	2239,7	2,7	2405,5	230,6	4878,6

Erzeugung an konzentrierten Salzen (Fabrikate).

Im Jahre	Chlor- kalium 80 %	Schwefel- saures Kali 90 %	in Tausend Tonnen		Kieserit ¹ in Blöcken
			Schwefelsaure Kalimagnesia kalziniert 48 %	Kali- düngesalze	
1885 . . .	104,5	4	9	8,4	18,5
1890 . . .	134,8	13,8	10,8	17,6	32,0
1895 . . .	145,0	13,4	8,2	19,7	25,1
1900 . . .	206,5	31,3	12,1	130,0	28,5
1901 . . .	211,4	28,2	11,7	147,2	26,7
1902 . . .	191,0	30,2	16,8	139,3	26,7
1903 . . .	206,3	38,4	22,3	161,8	23,5
1904 . . .	235,2	39,1	27,7	196,9	26,5
1905 . . .	254,7	24,4	30,6	215,4	35,0

1) Die vorliegende Tabelle enthält nicht die kristallisierte schwefelsaure Kalimagnesia 40 % und den kalzinierten gemahlten Kieserit, welche geringere Bedeutung haben. Von ersterer wurden im Jahre 1905 718 t, vom Kieserit 600 t erzeugt.

Kaliverbrauch der wichtigsten Länder in der Industrie.

Land	in t K ₂ O			
	1895	1900	1904	1905
Deutschland	30820	45765	42641	47117
Ver. Staaten von Nordamerika	4740	7405	10008	8011
Belgien	2150	2271	2860	2807
Frankreich	1884	3314	3419	4784
England und Schottland . .	5932	6027	5340	5906
Österreich	1554	1311	2185	2470
Italien	943	930	1231	1070
Rußland	1762	1466	1419	1652
Schweden, Norwegen u. Däne- mark	352	508	1470	1338
Gesamtverbrauch:	50556	70790	71454	76107

Der Kaliverbrauch in der Industrie ist, wie sich aus obiger Tabelle ergibt, in den letzten 10 Jahren um etwa 50% gestiegen. Viel größer ist dagegen die Steigerung in der Landwirtschaft, deren Gesamtverbrauch von 119104 t Kali im Jahre 1895 auf 407161 t im Jahre 1905 gestiegen ist.

Kaliverbrauch der wichtigsten Länder in der Landwirtschaft.

Land	in 1000 t K ₂ O			
	1895	1900	1904	1905
Deutschland	59,8	117,2	187,9	202,1
Ver. Staaten von Nordamerika	33,9	65,2	83,0	109,1
Belgien	2,9	3,6	4,6	9,3
Holland	2,5	7,1	10,2	17,3
Frankreich	5,0	8,2	9,3	11,2
England, Schottland und Irland	4,1	8,0	11,2	16,0
Österreich	1,0	2,3	4,9	5,8
Italien	0,85	1,4	1,9	2,3
Rußland	0,47	1,6	2,2	2,5
Spanien	0,37	2,4	3,1	3,2
Schweden	5,1	8,2	11,2	14,4
Dänemark	0,83	1,7	1,9	3,9
Gesamtverbrauch:	1191	2328	3586,9	4071,6

Obwohl Deutschland bezüglich des Gesamtkaliverbrauches in der Landwirtschaft an erster Stelle steht, wird es von Holland übertroffen, wenn man nur den Kaliverbrauch auf 1 qkm Anbaufläche berücksichtigt. Holland verbrauchte 1895 nur 125,3 kg reines Kali auf 1 qkm landwirtschaftlich nutzbare Fläche, Deutschland in demselben Jahre 170,6 kg, 1905 dagegen betrug Hollands Verbrauch 854,3 kg, Deutschlands nur 576,5 kg. Einen starken

Kaliverbrauch zeigen noch Belgien mit 495,4, Schottland mit 382,1, Schweden mit 412,4 kg K_2O auf 1 qkm landwirtschaftlich bebaute Fläche.

Der Gesamtabatz des Kalisyndikats betrug in den Jahren 1905 und 1906 in den einzelnen Gruppen:

	1906	Mehrverbrauch gegen 1905
I. Chlorkalium . . .	1389013,46 dz reines Kali	+ 21795,98 dz
Kalidünger . . .	99841,02 " " "	+ 20326,96 "
II. Schwefelsaures Kali	249100,31 " " "	+ 42640,04 "
Schwefelsaure Kalimagnesia . . .	98107,46 " " "	+ 17145,34 "
III. Kalidüngersalze 20, 30 und 40proz. .	771450,01 " " "	+ 162637,12 "
IV. Kainit	2639373,00 " " "	+ 141081,00 "
V. Carnallit und Bergkieserit	67335,00 " " "	— 3476,00 "

Der Verkaufswert aller Kaliprodukte beträgt etwa 80—90 Millionen Mark.¹

Ein sehr wichtiges und von Erschütterungen viel weniger heimgesuchtes Kartell ist das Kartell der Sodafabriken. Seitdem die Leblanc-Soda gegenüber der Ammoniaksoda in Deutschland nur noch eine bescheidene Rolle spielt — ist doch die Zahl der Fabriken von 20 (im Jahre 1875) auf 5 gesunken — sind die Fabrikanten der Ammoniaksoda unter der Führung der maßgebenden Solvaygesellschaft zu einem Kartell vereinigt, welches im Jahre 1891 zustande kam. Zum Sodakartell gehören die folgenden Fabriken:² Deutsche Solvaywerke (Bernburg, Saarlautern, Wyhlen, (Baden), Montwy bei Hohensalza, Chateau Salins), Chemische Fabrik Buckau, Engelke & Krause in Trotha bei Halle, Verein chemischer Fabriken in Mannheim, Heilbronn, Matthes & Weber (Duisburg), Honigmann (Grevenberg bei Aachen), Hoffmanns Stärkefabrik in Salzufeln. Außerhalb des Kartells steht die Fabrik von Forster & Grünberg in Kalk bei Köln. Man schätzt die deutsche Produktion auf etwa 250000 t, von der die Solvaywerke, die auch in anderen Ländern, in Österreich, Frankreich usw. eigene Werke besitzen und mit der größten englischen Fabrik Brunner, Mond & Co. liiert sind, über die Hälfte produzieren. Da die Solvaygesellschaft naturgemäß unter diesen Umständen kein großes Interesse am

¹) Vergl. auch Precht, Die Norddeutsche Kaliindustrie, 6. Auflage, Staßfurt, Weickesche Buchhandlung, 1906, S. 52 ff.

²) Schreib, Die Fabrikation der Soda nach dem Ammoniakverfahren, Berlin 1906, J. Springer, S. 294.

Export besitzt, ist die deutsche Ausfuhr, wie sich aus der weiter unten folgenden Tabelle ergibt, seit dem Beginn der 90er Jahre nur verhältnismäßig wenig gestiegen. Die Errichtung neuer Fabriken in Deutschland ist unabhängig vom Kartell kaum möglich, da das Sodakartell sich mit den deutschen Salinenkartellen, wozu auch die staatlichen Salinen gehören, geeinigt hat, wonach neue Fabriken kein Salz erhalten. Hierdurch hat das Sodakartell, dessen Fabriken veranlaßt durch den sehr gestiegenen deutschen Konsum in den letzten Jahren stark vergrößert worden sind, in Deutschland tatsächlich ein Monopol, das es aber nicht in übertriebener Weise zum Schaden der Konsumenten ausgenutzt hat, wenn auch die Gewinne der Fabriken recht beträchtliche sind. Das elektrolytische Sodaverfahren hat dem Ammoniaksodaprozeß bisher keine wirksame Konkurrenz gemacht, während elektrolytische Kalilauge in steigenden Mengen produziert wird, wodurch die Herstellung von Pottasche (Kaliumkarbonat) etwas zurückgetreten ist. Die Entwicklung der deutschen Ein- und Ausfuhr an Soda aller Arten berechnet auf 100%iges Natriumcarbonat ergibt sich aus der folgenden (von Schreib¹ aufgestellten) Tabelle:

Sämtliche Sodaarten² auf Natriumkarbonat = 100 Prozent
berechnet in Tonnen.

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr mehr	Ausfuhr mehr
1883	15 690	7 450	8 240	—
1884	11 050	14 850	—	3 800
1885	8 940	15 740	—	6 800
1886	4 590	15 690	—	11 100
1887	4 250	20 120	—	15 870
1888	3 410	21 320	—	17 910
1889	2 300	21 930	—	19 630
1890	1 620	30 460	—	28 840
1891	950	41 830	—	40 880
1892	1 030	42 570	—	41 540
1893—1900 . .	2 500	43 800	—	41 500
1901—1904 . .	480	50 000	—	49 520
1905	600	56 093	—	55 493

Die Zahl der Kartellbildungen in der chemischen Industrie ist, wie bereits erwähnt, sehr beträchtlich. Nicht alle sind der Öffentlichkeit bekannt, und nicht alle erreichen ihr Ziel. So

1) Chemikerzeitung 30 (1906) S. 1100.

2) Es kommen hierfür in Betracht kalzinierte Soda (etwa $\frac{4}{5}$ der Gesamtmenge) kaustische Soda, rohe kristallisierte Soda und Natriumbikarbonat (doppeltkohlensaures Natron).

mußte sich z. B. im Jahre 1905 das Kohlensäuresyndikat auflösen, da die Zahl der außenstehenden Werke, welche zu viel billigeren Preisen als die Syndikatsmitglieder lieferten, zu groß war; so verschwand das Kartell der Zuckerfabriken nach dem Beitritt Deutschlands zur Brüsseler Konvention, nachdem es jahrelang vorher den Inlandspreis für Zucker dauernd hoch zugunsten der Zuckerproduzenten gehalten hatte, was jedoch auf den Zuckerkonsum Deutschlands sehr ungünstig eingewirkt hatte. Der Zuckerkonsum Deutschlands stieg von 12,5 kg im Betriebsjahr 1902/03 nach dem Zerfall des Kartells auf 17,2 kg im Jahre 1904/05. Im allgemeinen gelingt eine Kartellierung der Rohstoffproduzenten viel leichter als der Fabrikanten, welche aus den Rohstoffen Fertigfabrikate herstellen. Je geringer ferner die Zahl der Kontrahenten ist, um so leichter vollzieht sich ebenfalls der Zusammenschluß. Von Kartellen auf dem Gebiete der Mineralfarben seien hier noch das Ultramarinkartell und das Bleiweißsyndikat erwähnt. Wie günstig der Kartellgedanke auf die Lage eines Industriezweiges einwirken kann, sieht man an der Zementfabrikation, welche nach einer Periode der Stagnation in den Jahren 1902/03 vornehmlich unter dem Einfluß provinzieller bezw. lokaler Kartelle einen großen Aufschwung erlebt hat.¹ Recht ungünstig hingegen, wenigstens vom Standpunkt der chemischen Industrie aus betrachtet, hat ein Kartell gewirkt, welches seine Entstehung dem Zusammenschluß der Spiritusbrennereien verdankt: die sogenannte Zentrale für Spiritusverwertung. Sie hat allerdings den Produzenten ebenso wie früher das Zuckerkartell hohe Preise garantieren können, hat aber nicht wie andere Kartelle eine gewisse Stabilität der Preise herbeigeführt. Ferner hat die Zentrale dadurch, daß sie zu erheblich niedrigeren Preisen Spiritus nach dem Ausland verkaufte, während sie gleichzeitig den Inlandspreis erheblich über dem Weltmarktpreis hielt, die Spiritus verbrauchenden Zweige der chemischen Industrie sehr geschädigt, indem sie ihnen — speziell der Fabrikation pharmazeutischer Präparate — die Möglichkeit nahm, im Auslande mit den betreffenden Erzeugnissen erfolgreich zu konkurrieren. Die Folge davon ist die fast vollständige Verdrängung gewisser chemisch-pharmazeutischer Produkte von einzelnen Märkten des Auslandes gewesen.²

Das Kartellwesen aber macht in der chemischen Industrie heute schon lange nicht mehr an den Landesgrenzen Halt. Es

1) Chemikerzeitung 1906, S. 1212.

2) Handelsberichte von Gehe & Co., A.-G. Dresden 1906, S. 58 und 1907 S. 56 ff.

existieren nämlich eine Reihe von wichtigen, internationalen Kartellen. Natürlich ist hier die Schwierigkeit in der Leitung noch viel größer als bei Inlandkartellen. Zu diesen internationalen Kartellen gehören: das Salpetersyndikat, das Jodsyndikat, das Syndikat der Wismutproduzenten, das Kartell der Aluminiumfabrikanten, das mit der Konvention deutscher Thoriumfabrikanten in Beziehung stehende Thorium-Syndikat, die Koalierung der russischen und rumänischen Petroleumproduzenten gegenüber den amerikanischen Unternehmungen. Selbst so junge Industrien wie die Kunstseidefabrikation zeigen bereits internationale Kartellbildungen. Oft stehen aber auch die Kartelle verschiedener Länder sich im erbitterten Preiskampf gegenüber. Dieser Fall herrscht schon seit einigen Jahren in der Industrie der Brompräparate und hat zu einem schweren Preissturz der betreffenden Fabrikate geführt. Sobald später einmal eine Vereinigung der deutschen und amerikanischen Produzenten erfolgt sein wird, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Preise wieder erheblich steigen werden. Je unentbehrlicher ein Produkt ist, dessen Herstellung und Vertrieb syndikalisch organisiert ist, um so größer ist natürlich die Gefahr, daß die Syndikate ihre Macht zum Schaden der Verbraucher mißbrauchen werden. Ist aber ein Produkt durch Surrogate ganz oder teilweise ersetzbar, so ist eine Steigerung der Preise durch das Kartell über eine gewisse Grenze hinaus unmöglich. So richtet sich z. B. der Preis des Salpeters nach dem Preise des Ammoniumsulfats und umgekehrt. Zu exorbitante Forderungen der chilenischen Minenbesitzer würden den Verbrauch an Salpeter ungünstig beeinflussen und die Produktion von Ammoniumsulfat noch mehr, als es heute schon der Fall ist, vergrößern. Ebenso sind die deutschen Farbenfabriken, welche synthetischen Indigo liefern, nicht in der Lage, den Preis über eine gewisse Grenze hinaus zu steigern, weil sonst die Gewinnung von natürlichem Indigo wieder rentabel würde.

So kurz auch diese Schilderung des Kartellwesens, welches heute in fast allen Zweigen der chemischen Industrie eine Rolle spielt¹⁾, hier nur sein konnte, so ergibt sich doch schon daraus, daß der Kartellgedanke sich in der chemischen Industrie besonders stark durchgesetzt hat und dies in Zukunft noch mehr tun wird. Es fragt sich nun, inwieweit der Staat in der Lage ist oder sein soll, den Auswüchsen des Kartellwesens z. B. durch eigene

¹⁾ Vergl. auch Calwer: Kartelle und Trusts Nr. 8 der Sammlung, Handel, Industrie und Verkehr, S. Simon, Berlin 1907, S. 39 ff., und besonders Liefmann, Die Unternehmerverbände S. 145 ff.

Unternehmungen entgegenzutreten. Prinzipiell wird man staatliche Unternehmungen, welche bei einiger Bedeutung innerhalb eines bestimmten Gewerbes ja in der Lage sind, einen gewissen Einfluß auf die Syndikate und ihre Preispolitik auszuüben, nicht als unbedingt überflüssig betrachten. Ob allerdings der Fiskus diesen Einfluß meist zur Herabsetzung des Preises geltend gemacht hat, wird sehr verschieden beurteilt. Das zur Zeit dem Landtag vorliegende Berggesetz, welches gewisse Abänderungen des Gesetzes vom 24. Juli 1865 enthält, besagt im § 2: „Die Aufsuchung und Gewinnung der Steinkohle, des Steinsalzes, der Kali-, Magnesia- und Borsalze und der Solquellen steht allein dem Staate zu. Der Staat kann das Recht zur Aufsuchung und Gewinnung der in Absatz 1 bezeichneten Mineralien an andere Personen übertragen. Die Übertragung soll gegen Entschädigung und auf Zeit erfolgen.“¹

Es erscheint fraglich, ob der Zeitpunkt für die beabsichtigte Verstärkung des staatlichen Bergwerksbesitzes nicht schon zu spät gewählt worden ist, da durch die intensive Tätigkeit der Bohrergesellschaften in den letzten Jahren alle irgend möglichen aussichtsreichen Gebiete in feste Hände gelangt sind. In der Kaliindustrie ist ja schon heute der Einfluß des Fiskus nicht unbeträchtlich. In der rheinisch-westfälischen Kohlenindustrie aber hat bisher die Gegnerschaft der Industriellen die Versuche des preußischen Staates, (dessen Besitz im Saarbezirk und in Oberschlesien sehr erheblich ins Gewicht fällt,) seinen Kohlenbezirk zu vergrößern, wie der berühmte Hiberniastreit gezeigt hat wirksam verhindert.

Wie man sich aber auch zu den Kartellen im einzelnen stellen mag, jedenfalls erscheint ein direkter staatlicher Eingriff in das Kartellwesen heute weder erforderlich noch zweckmäßig. Dazu kommt noch, daß die überaus verschiedenen Formen, in denen sich der Zusammenschluß zu Kartellen vollzieht, und die Verschiedenartigkeit des Zweckes, zu dem diese Vereinigungen abgeschlossen werden, es als fast unmöglich erscheinen lassen, die Materie durch eine einheitliche Gesetzgebung zu ordnen.²

1) Vergl. über die Bedeutung dieser Änderungen den Aufsatz von Bergrat Arndt, „Kali“, Heft 5 S. 75 ff. 1907.

2) Vergl. die Resolution der 11. Sektion (Rechts- und wirtschaftliche Fragen der Chemischen Industrie) des 5. Internationalen Kongresses für angewandte Chemie, Berlin 1903, Band 4, S. 892. Siehe daselbst auch die Referate von Dr. Scharlach und Landrat Simons S. 876 und 880 ff.